

## TAGUNGEN

### Generalkonferenz der UNESCO

Die 13. Sitzung der Generalkonferenz der UNESCO, der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen, fand vom 20. Oktober bis 20. November 1964 in Paris im Gebäude der UNESCO statt. Am Beginn der Sitzung hatte die Organisation 115 Mitglieder, die sich während der Tagung auf 117 erhöhten, da Malawi und Zambia, zwei afrikanische Staaten, um ihre Mitgliedschaft nachsuchten und sie erhielten.

Die Generalkonferenz, zu deren Präsident Professor *Korair M. Sissakian*, ein Biochemiker und Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR gewählt wurde, hat die Aufgabe, jeweils den Haushalt und die weitere Politik der Organisation für die nächsten zwei Jahre zu bestimmen.

Die Konferenz billigte für 1965/66 ein Budget von 48 857 000 Dollar (1963/64 39 Millionen), an dessen Aufkommen die Mitgliedstaaten anteilmäßig beteiligt sind. Der Beitrag richtet sich nach der Bevölkerungszahl und dem Volkseinkommen. Den höchsten Beitrag

zahlen die Vereinigten Staaten, gefolgt von der Sowjetunion und der Bundesrepublik. In der Versammlung hat jedes Mitgliedsland eine Stimme, mit Ausnahme der UdSSR, die, wie in den UN, über drei Stimmen verfügt, neben der Sowjetunion noch für die Ukraine und Weißrußland.

Dem Betrag von rund 49 Millionen Dollar müssen weitere 50 Millionen Dollar hinzugerechnet werden, die für besondere Vorhaben auf Anforderung von einzelnen Mitgliedstaaten aus UN-Mitteln, z. B. dem Technischen Hilfsprogramm und dem Sonderfonds, finanziert werden. Diese Mittel kommen aus freiwilligen Spenden der Mitglieder. Die der UNESCO für ihre wichtige Arbeit zur Verfügung stehenden Mittel belaufen sich demnach für die nächsten zwei Jahre auf knapp 100 Millionen Dollar. Man muß allerdings berücksichtigen, daß die UNESCO eher wie eine Clearingstelle oder ein Entwicklungshilfeunternehmen tätig wird, die auf Anforderung Pläne entwickelt und initiativ und beratend wirkt; die Staaten, die UNESCO-Hilfe erhalten, müssen wesentlich beisteuern und diese Hilfe z. T. zurückzahlen.

An dem Programm der nächsten zwei Jahre, das von der Generalversammlung verabschiedet wurde, ist bemerkenswert, daß es die Erwachsenenbildung in Entwicklungsländern in den Vordergrund gerückt hat, und zwar soll das Analphabetentum derjenigen behoben werden, die nicht in Grundschulen gegangen sind. Die Konferenz verabschiedete ein Dreistufenprogramm gegen den Analphabetismus in der Welt (gegenwärtig gibt es 700 Millionen Analphabeten), dessen erster, experimenteller Abschnitt von 1966 bis 1968 in acht ausgewählten Ländern der Erde durchgeführt wird; 1969/70 sollen die gewonnenen Erfahrungen ausgewertet werden — die Auswertung wird das Internationale Institut für Erziehungsplanung in Paris vornehmen und die Generalkonferenz 1970 wird entscheiden, welche Schritte als dritte Stufe zu unternehmen sind. Besonderer Nachdruck wird hier auf die Erziehungsplanung gelegt.

Der außerschulischen Jugendarbeit ist, angeregt durch die Weltjugendkonferenz der UNESCO Ende August 1964 in Grenoble, besondere Aufmerksamkeit gewidmet worden: Freizeitgestaltung, Vorbereitung auf das Berufsleben usw. Man geht davon aus, daß sich die Bevölkerung der Welt überwiegend in jugendlichem Alter befindet und war der Meinung, daß das traditionelle Schulwesen nicht mehr genügt. Die Generalkonferenz beschloß die Gründung eines Ausschusses für außerschulische Jugendarbeit, in den 24 Mitgliedstaaten Delegierte entsenden sollen.

Diese drei Punkte: Bekämpfung des Analphabetismus, Intensivierung der Bildungsplanung und der außerschulischen Jugendarbeit

haben das besondere Interesse der Delegierten gefunden. Zu dem Dreistufenplan gegen die Ausbreitung des Analphabetismus z. B. sprachen 54 Delegierte; es mußte eine Nachsitzung abgehalten werden, der Plan wurde dann einstimmig per Akklamation angenommen.

Für gleichbedeutend wurde von der Konferenz die Ausbreitung der naturwissenschaftlichen Arbeitsweise zur Lösung der Entwicklungsprobleme gehalten. Die Delegierten verabschiedeten eine Reihe von Programmen, die darauf abzielen, die Entwicklung der naturwissenschaftlichen Grundlagen und die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in den Entwicklungsländern zu intensivieren und die Anwendung von Wissenschaft und Technik für die Entwicklungsländer zu fördern.

Die innere Organisation der UNESCO wurde zugunsten dieser Schwerpunkte vereinfacht. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag des Generaldirektors der UNESCO, *Rene Maheu*, zu, nurmehr fünf Hauptabteilungen (statt bisher sieben) mit der Arbeit zu betrauen. Die beiden Abteilungen der UNESCO — Erziehung und Naturwissenschaften — sollen von der Arbeit der anderen beiden Abteilungen — Informationswesen und internationaler Austauschdienst sowie Sozial- und Geisteswissenschaften — profitieren. Wichtig sind hier vor allem die Aufgaben der letztgenannten Abteilung, die u. a. den Kampf gegen die Rassenvorurteile unterstützen soll. So wird eine neue Reihe von Veröffentlichungen „Menschenrechte in der heutigen Gesellschaft“ vorbereitet und auf einer Tagung, die 1966 stattfinden wird, soll die Erklärung über die menschliche Rasse, die im August 1964 in Moskau von Biologen, Genetikern und Anthropologen vorbereitet wurde, ihre endgültige, verabschiedungsreife Form erhalten; auch die ökonomischen und sozialen Konsequenzen der Abrüstung und die Friedensforschung (Studien, die zusammen mit den UN betrieben werden) sind Aufgaben dieser Abteilung.

Übrigens gilt für alle Programme und Aufgaben, daß sie selten allein von der UNESCO durchgeführt werden; fast immer sind eine oder mehrere Organisationen der UN mitbeteiligt und die Zusammenarbeit mit den nichtstaatlichen Organisationen, Spezialisten und Institutionen kann nicht mehr weggedacht werden. So berichtete Generaldirektor Maheu der Konferenz, daß auf seinen Vorschlag 1963 ein Übereinkommen "mit dem Internationalen Rat wissenschaftlicher Vereinigungen (ICSU) getroffen worden sei. Danach übernimmt die ICSU mit ihren Ausschüssen und Fachorganisationen bei der Vorbereitung und Durchführung des Programms für die Förderung der Naturwissenschaften die Funktionen eines Beirates, die vorher von ad hoc-Komitees bei der zuständigen UNESCO-Abteilung erledigt

wurden. Maheu will versuchen, die gleiche Form der Zusammenarbeit im Interesse der Erziehung z. B. mit den Lehrerorganisationen zu erreichen.

Über die deutsche Beteiligung an der 13. Generalkonferenz berichtete der Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, Dr. Zeit, einigen Journalisten, die an UNESCO-Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris teilgenommen haben, auf einer Zusammenkunft in Köln. Dr. Zeit sagte, daß eine merkwürdige Verschiebung der politischen Konstellation eingetreten sei. Noch vor vier Jahren — die Konferenz findet alle zwei Jahre statt — sei der Ost-West-Gegensatz beherrschend gewesen. Der Ostblock sei wirklich ein festgefügt Block gewesen, mit dem immer ein Teil der Entwicklungsländer gestimmt habe. Bereits vor zwei Jahren habe sich eine gewisse Lockerung bemerkbar gemacht, und auf dieser Konferenz war die Blockbildung verschwunden. Die UdSSR wurde mit ihren Anträgen oft allein gelassen. Staaten des Ostblocks sprachen für Anträge der Bundesrepublik, wie z. B. im Falle des Antrages zur Erhaltung der Naturschutzgebiete, für den als erster ein Delegierter der CSSR sprach. Allerdings sei an die Stelle des bisherigen Gegensatzes eine Aufsplitterung nach Nord und Süd getreten, wobei sich die Gruppe Nord aus den Industriestaaten und die Gruppe Süd aus den Entwicklungsländern bildete. Das machte sich vor allem bei den Anträgen bemerkbar, die finanzielle Verpflichtungen zur Folge hatten. Während sich die Industriestaaten hier weniger zustimmungsfreudig zeigten, fragten die Delegierten der Entwicklungsländer nicht nach dem Preis, sondern nach der Notwendigkeit.

Obwohl die Delegation der Bundesrepublik sich bei dem Ausschluß Portugals aus der UNESCO der Stimme enthielt — was keinen guten Eindruck machte —, bekam sie wieder einen Sitz im Exekutivrat, in den 30 Nationen Vertreter entsenden.

Dr. Zeit führte aus, daß sich das Interesse der Bundesrepublik vor allem auf drei Punkte konzentrierte:

1. Sie wollte wieder in den Exekutivrat gewählt werden, was ihr gelang: Dr. von Meerkatz wurde mit 92 von 111 Stimmen gewählt, der holländische Delegierte verlor dagegen seinen Sitz.

2. Sie wollte, daß die DDR auf keinen Fall Mitglied der UNESCO, ja, daß sie nicht einmal als Nichtmitglied zu irgendeiner Konferenz geladen würde. Ein belgisch-österreichischer Vorschlag, eine regionale Erziehungskonferenz für Europa einzuberufen, wurde von dem Delegierten der UdSSR dahingehend erweitert, auch Nichtmitglieder zuzulassen, was nichts anderes bezweckte, als die DDR zu beteiligen. Die Delegierten der Entwicklungsländer, die ursprünglich nicht Stellung nehmen wollten, wurden von den Vertretern der Bundesrepublik mit dem Hinweis auf Portugal, das dann auch teilnehmen könne, gegen diesen Erweiterungsantrag gewonnen.

3. Das Hamburger UNESCO-Institut soll weiter als solches bestehenbleiben. Als eine Stätte der kulturellen und wissenschaftlichen Begegnung zwischen Ost und West hat es sich als sehr nützlich erwiesen. So war hier z. B. bisher die einzige Stelle, die Delegationen von Ostblockgewerkschaften einlud und mit ihnen Informationsreisen durch die Bundesrepublik organisierte. *Annemarie Zimmermann*